

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen,

ich danke der Kämmerei mit den Herren Gaißert und Pfisterer sowie ihrem Team für die ausführliche Ausarbeitung des Haushaltsplanentwurfs 2010.

Die Krise hat uns fest im Griff und Sparen ist das Thema dieses Haushaltes. Meine Vorredner haben der Verwaltung schon manchen Spar-Gedanken mit auf den weiteren Verfahrensweg gegeben und damit sicher für interessante Abende im Rathaus gesorgt, wenigstens bis zum Termin der Haushaltsverabschiedung und sicher auch für die Zeit danach, denn es ist spät geworden.

Schon jetzt ist es **zu spät** den Haushalt 2010 wirklich nachhaltig fortzuentwickeln, Verwaltung und Stadt sind gelähmt, dringende Vorabentscheidungen, beispielsweise für den Wichern-Kindergarten oder die Bäder, engen den Spielraum weiter ein.

Dabei hat schon das bisherige Verfahren – wenn auch still und unbemerkt – gezeigt, wie nachhaltig gespart werden kann: **im kiloschweren Vorentwurf zum Haushalt 2010** den die Verwaltung vorgelegt hat, war bereits die eine oder andere Million herausgefallen, ohne dass man die Folgen in der Stadt gespürt hätte.

Unter dem Druck der Krise haben die Ämter schon im Vorfeld ein klares Signal zum Sparwillen gesetzt, einzig ein nicht mehr aufgelegtes Kultur-Leporello war das nach außen hin sichtbare Zeichen, dass in diesem Jahr so vieles anders ist.

Mit spitzem Stift und Kreativität wurde offenbar viel Geld schon im Vorfeld eingespart. So richtig sieht man es angesichts der gleichen Endsumme von rund 150 Mio. EUR wie im letzten Jahr als nicht-Insider leider nicht, die Nachvollziehbarkeit der Verwaltungstaten fällt bei etlichen inneren Verrechnungen schwer.

Dabei drängt sich dem interessierten Gemeinderat und Bürger schon die Frage auf, warum das die letzten Jahre scheinbar nicht in diesem Maße gelungen ist? Wären diese Millionenbeträge schon konsequent während der letzten Jahre eingespart worden, wäre die Ausgangslage für dieses Jahr wohl um vieles besser.

Sicher, einige der vermeintlichen Einsparungen sind schlicht **Problemverschiebungen in die Zukunft**, dennoch bleibt unterm Strich ein sattes Spar-Plus das nicht in einem großen Einzelposten ausgewiesen ist.

Es ist also durchaus nicht so, **dass ausschließlich fremde Mächte am Leonberger Etat zerren** und ihn in Schieflage gebracht haben. Wenngleich vom Bund auferlegte Leistungen, die von den Kommunen vorzuhalten sind, ebenso auf die Stadtkasse drücken wie die Umlagenlast des erhebliche Verwaltungsverluste erzeugenden Landkreises.

Eine abgespeckte Struktur der politischen Ebenen muss dafür sorgen, dass mehr des schließlich von den Bürgern erwirtschafteten Geldes übrig bleibt und in kommunale Leistungen zurückfließt.

Landkreise, Regionalparlamente aber auch Ortschaftsräte müssen abseits der Pöstchenstruktur oder liebgewonnener Freizeitgestaltung der agierenden Personen auf tatsächliche Notwendigkeiten überprüft werden. Doppelstrukturen im Landesparlament und auch in der Kommune sollen ebenfalls nicht unerwähnt bleiben.

Die Verwaltungsreform im Land ist gründlich schiefgegangen, und das war genau so abzusehen: **wenn Verwaltungen und Parlamente ihre eigene Reform angehen**, kann naturgemäß keine Verschlinkung stattfinden, da sich keine Ebene, kein Gremium, kein Amt selbst als unnötig darstellen wird.

Vergleichbares erleben wir in Leonberg. Wir sind uns für keine Kommission, keine Tagung zu schade, längst bekanntes wird gerne in einem mit großem Namen versehenen extra-Gremium wiedergekaut. Zuletzt haben wir uns in der Haushaltssicherungskommission ans Werk gemacht, einem vermeintlich starken Instrument das durch bis ins kleinste Detail aufgedröselte Tagesordnungspunkte den Blick aufs Wesentliche verbaut hat:

die Strukturprobleme des Haushaltes, ja der ganzen Gesellschaft.

Heute stehen wir hier und tun genau das, was die Kommission hätte leisten können: **wir erfinden Ideen um den Haushalt zu sanieren** und packen diese in pressewirksame Reden.

S:ALZ will dabei nicht hinten anstehen, darum versuche ich nun ebenso wie meine Vorredner in eine hoffentlich eher würzige denn fade Zukunft zu blicken, konkret Sparpotentiale aufzuzeigen aber auch klarzumachen, wo kein Cent verschwendet ist:

Kein Cent verschwendet ist in der Jugendarbeit! Wer sich am frühen Abend noch zu einem Supermarkt für die eine oder andere Besorgung traut, erkennt die Zielgruppe schnell.

In kleinen Grüppchen bereitet man sich auf den Supermarktparkplätzen auf einen hoffentlich Zerstreung verheißenden Abend vor. **Vorglühen ist das Stichwort**, da die Getränke auf den später besuchten Veranstaltungen zu teuer sind. Da hilft es, wenn auch nur wenig, dass die Polizei hier tatkräftig einschreitet und den Flascheninhalt der Kanalisation zuführt.

Es muss ein Rezept gefunden werden, wie Leonbergs Jugend wieder eine Perspektive für sich erkennt! Die entspannende Wochenendgestaltung **soll natürlich nicht abgeschafft werden**. Aber ein Zustand unserer Jugend möglichst nahe am Koma kann auch nicht gewollt sein. Daher sind größere Streichungen bei der Jugendarbeit für S:ALZ ein absolutes Tabu.

Vielmehr fordere ich die in diesem Bereich tätigen Institutionen auf, sich Gedanken über ein weiter verbessertes, effektiveres und vor Allem zeitgemäßeres Angebot zu machen. Dazu müssen wir noch aktiver auf Jugendliche zugehen, und auch zuhören, statt lediglich vorgefertigte Angebote zu platzieren.

Außerdem ist es auf Dauer falsch, nur die sichtbaren Probleme zu bekämpfen. **Vielmehr ist die Gesellschaft gefordert sich zusammenzufinden**. Die Ursache für die Entwicklung der Jugend ist doch nicht die Jugend selbst, sondern die Eltern, die sich im Spannungsfeld zwischen zeitknappen Doppelverdienern und der fordernden Spaßgesellschaft verloren haben.

Eine für alle gesellschaftlichen Gruppen **annehmbare Werteerziehung schon im Kindergarten** muss die Basis sein. Es ist kontraproduktiv wenn wir die Kindergärten nur als Verwahrungsorte sehen, die den Eltern Freiräume schaffen. Im Gegenteil müssen die Kindergärten zu generationenübergreifenden Erziehungsstützpunkten ausgebaut werden, in denen auch Eltern ohne den stets erhobenen Zeigefinger zur Erziehungs-Selbstreflektion geführt werden, begleitet von bewusstseinsfördernden Angeboten.

Auch das kostet Geld. Aber es spart für die Zukunft, denn eine stabile Gesellschaft ist leistungsfähiger und stärkt damit den Staat am Ende auch finanziell.

Zuletzt haben wir **es beim Wichern-Kindergarten verpasst**, eine Einrichtung auf diese Zukunft vorzubereiten. Mit allzu knappem Raumangebot bleibt kein Freiraum für weitere Begegnungen, alles wird sich auch weiterhin zwischen „Tür und Angel“ abspielen. Gegenseitiges Lernen der Generationen voneinander wird nicht stattfinden. **Genau das ist aber in einer Welt zeitgeistig geschrumpfter Familienverbände notwendig.**

Wo kann man also sparen? Ohne gleichzeitig zu investieren ist das nahezu unmöglich, will man keine unverantwortlichen Einschnitte im Stadt-Leben hinnehmen.

Ein Sonderfall könnte die von der Verwaltung angeregte Kürzung bei den Freiwilligkeitsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr sein. Nicht weil S:ALZ die Ortschaften von der Kernstadt abhängen will, sondern um den Blick auf die Stadt bei den Verantwortlichen zu schärfen; dem eigentlich verantwortlichen Landkreis sowie dem unflexibel erscheinenden Tarifverbund.

Es ist eine Kreis-Aufgabe sich um eine gute ÖPNV-Struktur im Sinne der Kommune zu kümmern! Der Kreis hat dieses Thema an sich gezogen und soll nun bitte auch Sorge tragen, dass eine adäquate Grundversorgung vorgehalten wird. Ich bin sicher, dass die Bürgerschaft hinter Verwaltung und Gemeinderat steht, wenn es gilt die Freiwilligkeitsleistungen nach der Streichung vom eigentlichen Träger, dem Landkreis, zurückzufordern.

Es ist ein Hohn wenn Verantwortliche des Verkehrsverbundes jetzt dramatisierende Briefe an die Räte tippen, wo sie doch unlängst die von der SPD-Rätin Weiß mit Leidenschaft und Sachverstand geforderten Änderungsanregungen achtlos weggewischt haben.

Hier muss also ein Zeichen gesetzt werden, nicht auf Dauer, aber doch so, dass sich etwas an anderer Stelle regt.

Nur mit Investitionen und einem Blick in eine ferne Zukunft kommen wir beim Abmangel der Bäder weiter. Weder helfende Fördervereine noch abgesenkte Wassertemperaturen können den Abmangel signifikant eindämmen. Einzig und allein ein Ganzjahresbad würde helfen.

Dieser Investition im Bereich 15-20Mio EUR steht scheinbar Unfinanzierbarkeit entgegen. Ein grobes Rechenbeispiel zeigt auf, dass dem nicht so ist:

Ein Ganzjahresbad darf nicht erneut an der Stelle des LeoBades errichtet werden. Hier führt das Grundwasser jährlich zu extremen Schäden. Das Bad muss völlig neu verortet werden. Damit und mit dem Wegfall des Hallenbades würden erhebliche Flächen frei, an einer Stelle, die eine der wenigen wirklich logischen **Ergänzungen des Gewerbegebiets-Angebotes** der Stadt darstellt.

In direkter Verlängerung des Hertich entlang der A8 kann, **ja muss die Lösung des Flächenmangels liegen!**

Weit über 50.000m² Bad- und Parkfläche lassen abzüglich der nötigen Erschließungsflächen auf einen Verkaufswert von wenigstens 8 Mio. EUR hoffen. Dazu kommt in bester Stadtlage auf der Hallenbadfläche eine Ergänzung des Flächenangebots in Leonbergs neuester Mitte. Das oft vorgeschobene Problem der mit der Badetechnik verwobenen Hallentechnik des Sportzentrums wird sich lösen lassen.

Ein idealerweise interkommunal betriebenes Ganzjahresbad – das LeoBad wird von Gerlingern, Rutesheimern und vielen anderen gern genutzt – kann am Ortsrand auf neuer Fläche entstehen.

Ein Ganzjahresbad wird nach Expertenmeinung den Abmangel wenigstens halbieren, also auf eine statt zwei Millionen EUR. So wird sich die Investition in wenigen Jahre rechnen, und noch wichtiger: wir verpassen es nicht für den sich am Ende jeder Krise einstellenden Aufschwung Flächen für nötige Gewerbeansiedlungen vorzuhalten.

Weitere Sparmöglichkeiten entdecke ich bei der Feuerwehr, ohne diese lebenswichtige und starke Einrichtung für Leonberg zu schwächen. Ein Anfang ist mit den beschlossenen Gebühren für ortsferne Einsätze gemacht. Die Investition in die dringend benötigte Drehleiter kann nicht weiter geschoben werden. Da auch Nachbarkommunen gerne auf unsere Ausrüstung zurückgreifen, gilt es auch hierfür realistische Gebühren zu veranschlagen, wenn nicht schon im Vorfeld ein Teil der Investitionskosten übernommen wird.

Zudem ist die Anschaffung des neuen Vorausrüstwagens zu hinterfragen. Die dort mitgeführte Ausrüstung war vor Jahrzehnten noch wichtiger Bestandteil der Rettungsarbeit, heute ist sie auf einer Vielzahl anderer Fahrzeuge verfügbar. Außerdem bitte ich die Ortschaftswehren Höfingen und Gebersheim über Synergieeffekte nachzudenken, **wir sind eine Stadt**, da ist Eigenständigkeit bis ins Detail nicht mehr zeitgemäß.

Ein Erfolgsanteil solcher Sparbemühungen muss selbstverständlich wieder an die Feuerwehr zurückgegeben werden, etwa in Form besserer Unterstützung der Jugendarbeit seitens der Stadt.

Einsparpotentiale offenbaren sich auch bei der Büchereienlandschaft.

Selbstverständlich sind Ortsteil-Büchereien ein wertvoller Beitrag zur Stadtkultur. Es ist aber durchaus überlegenswert ob man die Ortsteile nicht mit einer mobilen Bücherei aus der Kernstadt bedienen kann, oder ein Bestellsystem in den Ortsverwaltungen vorhält.

In diesem Zusammenhang soll auch erneut über die Notwendigkeit der Ortschaftsräte diskutiert werden. **S:ALZ regt an, stattdessen zur unechten Teilortswahl** überzugehen und ein zu sinnvollen Zeiten zugängliches Bürgerbüro in den Ortschaften einzurichten. Mit Wegfall der Ortschaftsräte können auch wiederholte Planungsrunden und damit Zeit- und Geldverlust vermieden werden. Die Ortschaften hätten ihr Mitspracherecht durch den im Gemeinderat vertretenen Ortschaftsanteil gesichert.

Weitere Einsparmöglichkeiten vermutet Mancher bei Jugendmusikschule und Volkshochschule. Die VHS erreicht einen recht hohen Kostendeckungsgrad, hier ist außer bei einer indiskutablen Schließung nichts zu gewinnen.

Die Jugendmusikschule ist von einer kostendeckenden Struktur recht weit entfernt und dennoch wurde hier offenbar alles Machbare getan um die Kosten zu senken. Mehr kann nicht gefordert werden, es sei denn man nimmt sehr starke Einschnitte des Angebotes in Kauf, **was S:ALZ mit Blick auf die nötige Jugendförderung nicht will.**

Weitere wirklich große Kostenblöcke sind nicht auszumachen, und so ist die Genehmigungsfähigkeit wie auch die Zustimmung von S:ALZ zu einem noch enger gestrickten Sparpaket zum Haushalt fraglich.

Es bleibt die Verbesserung auf der Einnahmenseite um den Haushalt ins Lot zu bringen. **Eine mäßige Grundsteuererhöhung scheint wesentlich gerechter** als eine einseitige und auch nicht den großen Geldvorteil verheißende überproportionale Erhöhung der Kindergartengebühren. Ob 100 Punkte ein vertretbares Zeichen sind ist noch nicht abzuschätzen, wir sollten alle Anstrengungen unternehmen nicht die 100er-Marke anvisieren zu müssen.

Eine differenzierte Betrachtung der Nutzer unserer Städtischen Einrichtungen JMS, Bäder und weitere sollte helfen, den interkommunalen Zusammenhalt zu fördern.

Es ist nicht einzusehen dass wir **Einrichtungen für das gesamte Umland vorhalten** und nur die Leonberger Bürger den Abmangel durch die Steuerlast tragen. Es gilt also noch mehr als früher die Gebühren zweigleisig anzulegen. Ein erhöhter Standardsatz und dafür sehr deutliche Leonberger-Rabatte müssen das Bewusstsein in Umlandkommunen schärfen, dass sie nicht ohne eigenen Beitrag Nutzer unserer Einrichtungen sein können.

Das Ziel muss eine einvernehmlich erarbeitete interkommunale Struktur diverser Angebote sein, beispielhaft nenne ich die Jugendmusikschule und die Bäder.

Ohne ein deutlich sichtbares Gebühren-Zeichen wird dies Utopie bleiben, keine Kommune wird ohne Druck ihrer Bevölkerung Geld nach Leonberg abfließen lassen.

Neben diesen anzustrebenden strukturellen Veränderungen können nur eine sinnvolle Steuerreform und verbesserte Zuweisungsschlüssel die Kommunen retten. Die reale Gefahr sich weiter erhöhender Kreisumlagen steht im Raum, der erhöhte Abmangel aus der vom Bund geforderten U3-Betreuung ab 2013 ist Fakt.

Zudem wird die Verwaltung durch mal mehr, mal weniger sinnvolle EU-Verordnungen in weiten Bereichen gelähmt. All das scheint sich unaufhaltsam auf einen großen Knall hinzubewegen, da die beteiligten Ebenen weder Kompetenz noch Finanzausstattung abgeben möchten.

Was kann Leonberg dagegen tun? S:ALZ hätte es gern etwas mutiger als in der Vergangenheit. Nicht nur Parteiarbeit und Reden im Städtetag durch OB Schuler bringen hier Veränderung, sondern auch scheinbar aussichtslose Taten können Wirkungen erzwingen. Selbstverständlich ist auf dem Klageweg nicht viel zu holen. Aber selbst aussichtsloses Anklagen höherer Ebenen weckt Verständnis und Solidarität in der Bevölkerung, was letztlich auch Druck auf die Entscheider an anderer Stelle ausübt. Nicht kleckern sondern klotzen brächte uns hier weiter.

Zum Ende möchte ich den Blick in die Zukunft richten. Die Zukunft beginnt am Tag nach der Haushaltsverabschiedung, denn nicht dieser sondern der nächste Haushalt wird die wahre Herausforderung werden!

Wir können es uns für 2011 nicht mehr leisten, gemütlich auf den Frühling zu warten und die Stadt gelähmt dahindämmern zu lassen wie in diesem Jahr.

Auch wird uns nicht wie dieses Jahr eine unverhoffte Steuergabe mit 2 Mio. EUR in Sicherheit wiegen.

Wir müssen die Stadtfinanzen umgehend fortschreiben, und nicht nachlassen nachhaltige Lösungen zu suchen. 2011 wird es keine weitere Grundsteuererhöhung geben, wir sind gefordert den bislang nur in Ansätzen erkennbaren Strukturwandel anzugehen. Ich möchte nochmals die vorgenannten Stichworte **Gewerbebebietsentwicklung und interkommunale Angebote** in Erinnerung rufen!

Bei allem Sparwillen können wir es uns nicht auf Dauer **erlauben Gebäudesanierungen zurückzustellen.** Weiter gilt es das Gebiet Leonberg Mitte mit dem Investor für Leonberg sinnvoll fortzuentwickeln. Wir sind gehalten insbesondere auf eine praktikable Verkehrsanbindung hinzuwirken!

Abschliessend möchte ich auf das Kommunikationsdefizit aus Richtung Verwaltung und Gemeinderat hin zum Bürger eingehen. Gerade in schwierigen Zeiten gilt es den Bürgern, die schließlich mit ihrem Geld die Stadt finanzieren, Entscheidungen von Gemeinderat und Verwaltung transparent zu erläutern, in einer Weise die eben auch die zum Verständnis nötigen und von uns bei Erklärungen oft vergessenen Grundlagen darstellt.

S:ALZ regt neben Amtsblatt und Lokalpresse ein weiteres Medium an, etwa ein gedrucktes oder im Internet verbreitetes Werk, das unter dem Arbeitstitel „der Gemeinderat informiert“ angeboten werden soll. Es ist nicht einzusehen, dass sich der Bürger die Meinungen und Hinweise auf unterschiedlichsten Seiten im Internet zusammensuchen muss, wo die technischen Möglichkeiten für eine kompakte, übersichtliche Informations-Struktur weder zusätzliche Kosten noch mehr Mühe bedeuten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.